

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 27 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gemeindeverbändegesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 16. Oktober 2013 in Anwesenheit des Experten Mag. Hundesperger (Referat 11/01) und der Expertin Dr.ⁱⁿ Sommer (SGV) mit der Vorlage der Landesregierung befasst.

Die Änderung des Salzburger Gemeindeverbändegesetzes dient der Umsetzung eines Bundesverfassungsgesetzes zur Stärkung der Rechte der Gemeinden, dabei werden zwei Neuerungen verankert. Zum einen ist der Wirkungsbereich eines Gemeindeverbandes unabhängig davon, ob er durch Gesetz oder durch Vereinbarung gebildet wurde, nicht mehr auf einzelne Aufgaben beschränkt. Außerdem können durch Vereinbarung gegründete Gemeindeverbände künftig nicht nur Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches, sondern auch Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde zum Gegenstand haben.

Abg. Mag. Schmidlechner spricht sich für mehr Demokratisierung der Gemeindeverbände aus. Natürlich solle es möglich sein, dass Gemeinden gemeinsam Aufgaben erledigen können. Solange die Gemeindeverbände aber nicht demokratisch organisiert sind, könne die SPÖ nicht zustimmen.

Abg. Essl sagt ebenfalls, dass es andere – demokratischere – Regelungen brauche. Aus diesem Grund werde die FPÖ nicht zustimmen. Man wolle nicht, dass die Bürgermeister in diesem Land noch mehr Macht bekämen.

Nach Austausch der Argumente kommen die Ausschussmitglieder überein, dem Landtag die Beschlussfassung des Antrages mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und TSS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - zu empfehlen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und TSS gegen die der SPÖ und FPÖ – sohin mehrstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 27 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 16. Oktober 2013

Der Vorsitzende:

Ing. Sampl eh.

Die Berichterstatterin:

Mag.^a Rogatsch eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 30. Oktober 2013:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und TSS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ – sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.